

Ein neues politisches Koordinatensystem? Die französischen Präsidentschaftswahlen und der Blick auf die Parlamentswahl

Seidendorf, Stefan; Legrand, Maxime

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Seidendorf, S., & Legrand, M. (2022). *Ein neues politisches Koordinatensystem? Die französischen Präsidentschaftswahlen und der Blick auf die Parlamentswahl*. (Aktuelle Frankreich-Analysen, 38). Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut - dfi. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81573-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Ein neues politisches Koordinatensystem?

**Die französischen Präsidentschaftswahlen und
der Blick auf die Parlamentswahl**

Stefan Seidendorf

Präsidenten- und Parlamentswahlen

Maxime Legrand

Gesellschaftliche Spaltung

Reformbedarf

Abstract

Die Wiederwahl Emmanuel Macrons offenbart eine tiefe Spaltung der französischen Gesellschaft. Diese wird vom praktisch verschwundenen traditionellen Parteiensystem nicht mehr abgebildet. Stattdessen stehen sich nach der Präsidentschaftswahl drei Lager (Linkspopulisten, liberales Zentrum, Rechtspopulisten) gegenüber. Dieses Novum im bisher bipolaren französischen politischen System wird sich auf die bevorstehende Parlamentswahl auswirken. Möglicherweise wird Präsident Macron nach der Wahl zwar nicht über eine eigene Mehrheit verfügen, es wird aber auch keine Mehrheit gegen ihn (Cohabitation) geben. Diese Situation wäre ein Novum für das politische System der V. Republik. Die darin zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Spannungen werden so oder so eine lagerübergreifende Anstrengung zur politischen und gesellschaftlichen Reform erfordern.

La réélection d'Emmanuel Macron révèle une profonde division de la société française. Celle-ci n'est plus représentée par le système de partis traditionnel, qui ont pratiquement disparu. Au lieu de cela, trois blocs (populistes de gauche, centre libéral, populistes de droite) s'affrontent après l'élection présidentielle. Cette transformation du système politique français, jusqu'ici bipolaire, aura des répercussions sur les prochaines élections législatives. Aussi il est possible que le président Macron ne disposera pas d'une majorité propre à l'issue de celles-ci, mais sans qu'une majorité contre lui (cohabitation) soit envisageable. Cette situation serait alors une première pour la V^{ème} République. Les tensions sociales s'exprimant à travers cette situation nécessiteront d'une manière ou d'une autre un effort transcendant les camps pour réformer la politique et la société.

Ein neues politisches Koordinatensystem?

Die französischen Präsidentschaftswahlen und der Blick auf die Parlamentswahl

Einleitung

* Dr. Stefan Seidendorf ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts.

** Maxime Legrand ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutsch-Französischen Institut.

¹ Zur leichteren Lesbarkeit verwendet der Text im Allgemeinen das generische Maskulinum. Gemeint sind jedoch immer alle Geschlechter. Geht es um einen mit der Formulierung verbundenen Sinnzusammenhang (wie hier), werden die Formen differenziert.

Am 24. April 2022 hat Emmanuel Macron die französische Präsidentschaftswahl mit 58,55% der abgegebenen, gültigen Stimmen gegen seine Herausforderin Marine Le Pen gewonnen. Auf Le Pen entfielen 41,45%. Dabei überdeckt dieser scheinbar klare Wahlsieg eine Reihe von Befunden über den Zustand der französischen Gesellschaft und des politischen Systems, welche die nun folgenden Parlamentswahlen am 12. und 19. Juni beeinflussen werden.

- Zum zweiten Mal nach 2017 verpassten die Kandidatinnen¹ der etablierten französischen Parteien die Stichwahl. Ihr Scheitern fällt noch wesentlich deutlicher aus, als 2017: sowohl Anne Hidalgo, die Kandidatin der sozialistischen Partei (PS, 1,75%) als auch Valérie Pécresse, die für die gaullistischen Republikaner (LR, 4,78%) antrat, blieben unter der 5%-Hürde. Dasselbe gilt für Yannick Jadot, der für die Grünen (EELV, 4,63%) angetreten war.
- Nach 2002 (Jean-Marie Le Pen) und 2017 (Marine Le Pen) zieht die Kandidatin der rechtspopulistischen Protestpartei erneut in die Stichwahl ein. Trotz ihrer letztendlichen Niederlage liegt darin durchaus ein Erfolg für Marine Le Pen: Ihre Strategie einer Mobilisierung „gegen die Eliten“, verbunden mit einem hemmungslosen Sozialpopulismus, verfiel bei vielen Wählern. In der Stichwahl konnte sie sich im Vergleich zu 2017 deutlich von 33,9% (10.638.475 Stimmen) auf 41,45% (13.288.686 Stimmen) steigern und erreichte somit das historisch stärkste Ergebnis ihrer Partei bei einer Präsidentschaftswahl.
- Das Verschwinden des etablierten Parteiensystems führt zu einer weitgehenden politischen Orientierungslosigkeit, die sich vorteilhaft für die extremen und Protestparteien auswirkt. Neben dem Erfolg Marine Le Pens und ihres Rechtspopulismus war der Wahlkampf durch die mediale Aufmerksamkeit für den rechtsextre-

Tab. 1: Ergebnisse des ersten und zweiten Wahlgangs der französischen Präsidentschaftswahlen

	Ergebnis des 1. Wahlgangs	Ergebnis des 2. Wahlgangs
Emmanuel Macron (LREM)	27,85%	58,55%
Marine Le Pen (RN)	23,15%	41,45%
Jean-Luc Mélenchon (LFI)	21,95%	
Éric Zemmour (REC)	7,07%	
Valérie Pécresse (LR)	4,78%	
Yannick Jadot (EÉLV)	4,63%	
Jean Lassalle (RES)	3,13%	
Fabien Roussel (PCF)	2,28%	
Nicolas Dupont-Aignan (DLF)	2,06%	
Anne Hidalgo (PS)	1,75%	
Philippe Poutout (NPA)	0,77%	
Nathalie Arthaud (LO)	0,56%	
Abgegebene Stimmen (der registrierten Wähler)	73,69%	71,99%
Davon ungültig und neutral („vote blanc“)	2,2%	8,66%

Quelle: Ministère de l'Intérieur. Angegeben ist der Anteil abgegebener, gültiger Stimmen.

men Kandidaten Eric Zemmour (7,07%) geprägt. Aber auch die bürgerliche rechte Kandidatin Péresse schreckte nicht davor zurück, rechte Verschwörungsmymen („le grand remplacement“) zu bedienen.

- Dasselbe Phänomen findet sich auch im linken Lager. Von den sechs linken Kandidaten gelang nur dem Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon ein nennenswerter Erfolg. Mit 21,95% der Stimmen fehlten ihm etwa 400.000 Stimmen zum Einzug in die Stichwahl. Die Kandidaten der beiden trotzkistischen Kleinstparteien (Nathalie Arthaud 0,56% und Philippe Poutou 0,77%) liegen nur unwesentlich hinter den Kandidaten der früheren Regierungsparteien (PS 1,75%, PCF 2,28%, Grüne 4,63%). Die Rolle insbesondere des PS als strukturierendem oder stabilisierendem Pol, der als potentielle Regierungspartei um sich herum den

politischen Wettbewerb im eigenen Lager organisierte und dessen Programm inhaltliche Orientierung bot, entfällt völlig.

Die genannten Phänomene sind Ausdruck eines tiefgreifenden strukturellen Wandels der französischen Gesellschaft. Die bisher dominierenden politischen Kräfte vermögen es heute nicht mehr, gesellschaftlich integrierend zu wirken. Dabei zeigt jedoch eine vertiefte Analyse, dass die gesellschaftlichen Spaltungslinien (cleavage lines), die in der Präsidentenwahl zum Ausdruck kamen, keineswegs völlig neue sind. Es scheint eher so, dass es den etablierten Parteien im politischen System der V. Republik nicht mehr gelingt, die damit verbundenen gesellschaftlichen Anliegen glaubwürdig zu vertreten. Dieser Befund dürfte insbesondere für die bevorstehenden Parlamentswahlen (12. und 19. Juni) von Bedeutung sein.

1. Der Ausgang der Präsidentschaftswahl

Die Wahl Emmanuel Macrons und das Abschneiden Marine Le Pens können mit drei Argumenten erklärt werden. Zunächst ist festzustellen, dass es sich um den Sieg des wirtschaftlich dynamischen, und damit meistens urbanen Frankreich handelt. Ergänzend zu diesen

beiden Variablen (materielle Variable, geographische Variable), ist die Unzufriedenheit mit dem politischen System und dem Mangel an politischen Alternativen bzw. umgekehrt die Furcht vor einem völligen Zusammenbruch dieses Systems bei einer Machtübernahme der Rechtspopulisten die dritte Erklärung für den Wahlausgang.

Cleavage lines (Spaltungslinien)

sind ein vom norwegischen Soziologen Stein Rokkan geprägtes Konzept, um die Rolle tiefer, struktureller Ungleichheiten, Interessenunterschiede und Konflikte, die moderne Gesellschaften durchziehen, zu analysieren. Durch die relative Stabilität dieser Konflikte über Zeit lassen sich mit ihrer Hilfe bspw. das Wahlverhalten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen erklären, oder auch die Entstehung gesellschaftlicher und politischer Kompromisse. Traditionelle Cleavages sind z.B. die Konflikte zwischen städtischen und

ländlichen Regionen (Zentrum – Peripherie) oder zwischen unterschiedlich religiös geprägten Gruppen. Strukturierend wurde seit dem 19. Jahrhundert die ökonomische Spaltungslinie zwischen Arbeitgebern (Kapital) und abhängig Beschäftigten (Arbeit). Der politische Links-Rechts-Gegensatz, der sich in den modernen Gesellschaften im 20. Jahrhundert überall durchsetzt, konnte die meisten dieser Konflikte integrieren, wird aber in jüngster Zeit zunehmend in Frage gestellt.

1.1 Der Wahlausgang als Klassenphänomen

Um das Wahlergebnis zu erklären, ist ein Blick auf die Sozialstruktur der Wählerschaft hilfreich. Für diese Analyse steht mit der Nomenklatur der Berufsgruppen („professions et catégories socioprofessionnelles (PCS)“) in Frankreich ein differenziertes Instrument zur Verfügung. Der Wahlerfolg Macrons ist in erster Linie durch das Abstimmungsverhalten der Mittel- und Oberschicht zu erklären.

² Zum Klassenargument s. auch: Olivier Galland (2022): *Présidentielle: deux France antagonistes ?*, <https://www.telos-eu.com/fr/politique-francaise-et-internationale/presidentielle-deux-france-antagonistes.html> (2. Mai 2022) und zugespitzt Jérôme Fourquet (21. April 2022): „Macron-Le Pen: Deux France Face à Face“ <https://www.jean-joures.org/publication/macron-le-pen-deux-france-face-a-face/> (22.05.2022).

Macron konnte unter den leitenden Angestellten und Managern die Wahl mit 77% für sich entscheiden, 31% stimmten für Le Pen. Bei den Arbeitern (67%) und einfachen Angestellten (57%), ebenso bei den Erwerbslosen (64%) konnte dagegen Le Pen die Wahl für sich entscheiden. Während die Zustimmung zu Macron in „seiner“ Klasse also sehr deutlich ausfällt, bleibt die Entscheidung für Le Pen in den sie mehrheitlich unterstützenden Kategorien etwas schwächer. Im Vergleich zur Wahl 2017 konnte Le Pen in den von ihr gewonnenen Kategorien jedoch überall deutlich zulegen.

Blickt man auf das Nettoeinkommen, zeigt sich dasselbe Bild. Macron wird von den hohen Einkommensgruppen (über 3.000 Euro monatlich) deutlich bevorzugt (65% zu 35%). Er konnte ebenfalls die höheren Einkommensklassen (2.000-3.000 Euro) für sich gewinnen (56% zu 44%), interessanterweise auch die geringeren (1.250-2.000 Euro, 53% zu 47%). Erst die Bezieher der sehr niedrigen Einkommen (unter 1.250 Euro) unterstützen mehrheitlich Marine Le Pen mit 56%.

Schließlich zeigt sich auch bei der Differenzierung nach Bildungsstand, dass Macron bei den Akademikern (74% zu 26%) und Fachhochschulabsolventen (58% zu 42%) vorne liegt. Le Pen gewinnt zwar die

PCS - Professions et catégories socioprofessionnelles (Berufe und sozio-professionelle Kategorien)

bezeichnet die vom französischen Statistikkamt INSEE entwickelte Nomenklatur, die die soziologische Analyse der Gesellschaft nach beruflichem Status und Einkommensverhältnissen erlaubt. In der neuesten Fassung von 2020 werden 486 Berufe in Berufsgruppen und diese in „sozioprofessionelle Kategorien“ zusammengefasst. Diese werden dann nochmals in sechs Gruppen zusammengefasst, die die Charakteristiken der beruflichen Tätigkeit (manuell, handwerklich, intellektuell etc.) und der beruflichen Hierarchie verbinden. Die Gruppen bilden die Grundlage für die meisten Nachwahlanalysen. Siehe dazu: INSEE (2022): *Nomenclature des professions et catégories socioprofessionnelles (PCS 2020)*. 1ère édition 2022

Kategorie der Wähler mit Abitur (52% zu 48%), die Gruppe ohne Abitur bleibt jedoch unentschieden (50% zu 50%)².

Zahlreiche Kommentare weisen entsprechend darauf hin, dass die Arbeiterklasse offensichtlich „nicht mehr links“ wähle und sich mit ihren angestammten Parteien nicht mehr identifiziere. Man kann dieses Argument aber auch umdrehen: Möglicherweise ist es Marine Le Pen durch ihren Imagewandel gelungen, von den „einfachen Leuten“ und der Arbeiterklasse nicht mehr als rechtsextreme Kandidatin wahrgenommen zu werden. Oder dieses Image wird durch die von ihr versprochene „linke“ Sozialpolitik zumindest überlagert und durch die offen zur Schau getragene Radikalität Zemmours relativiert. Le Pens Strategie fußt zwar wie gehabt auf einer Wir-vs.-Sie-Mobilisierung. Neben der etablierten Diskriminierung der Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund funktioniert diese Mobilisierung jedoch sehr stark über „wir, das Volk“ gegen „die Elite“. Dazu kam ein sozialpolitisches Programm, das auf Sozialleistungen („für Franzosen“), den Erhalt der Kaufkraft und soziale Umverteilung setzte. Le Pen konnte sich so insbesondere von Eric Zemmour abheben, dem rechtsextremen Kandidaten, der einen

Tab. 2: Entscheidungen in der Stichwahl nach beruflicher und sozialer Gruppe (PCS), Bildungsniveau und Einkommen

	Macron	Le Pen
Gesamt	58,2	41,8
Leitende Angestellte, Manager	77	23
Mittlere Berufe	59	41
Angestellte	43	57
Arbeiter	33	67
Rentner	68	32
Erwerbslose	36	64
Ohne Abitur	50	50
Abitur	48	52
Fachhochschulstudium	58	42
Universitätsstudium 3 Jahre und mehr	74	26
monatl. Einkommen (netto)		
unter 1.250 Euro	44	56
1.250-2.000 Euro	53	47
2.000-3.000 Euro	56	44
über 3.000 Euro	65	35

Quelle: Ipsos sopra steria, 24 April 2022 (<https://www.ipsos.com/fr-fr/presidentielle-2022/second-tour-profil-des-abstentionnistes-et-sociologie-des-electorats>)

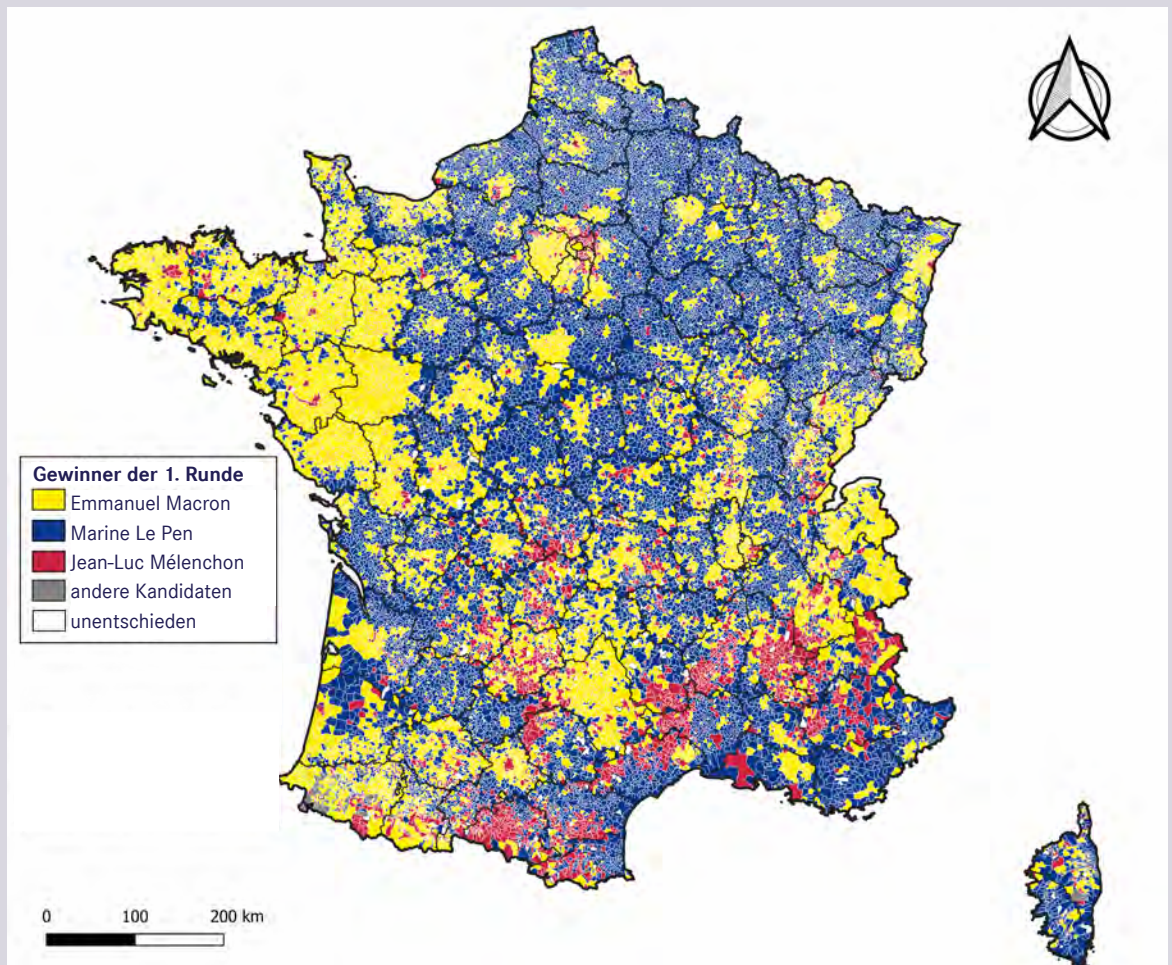
reaktionären Wertekanon mit einem radikal-liberalen Wirtschaftsprogramm verband.

Soziostrukturell zeigt sich also eine klare Spaltung der Wählerschaft entlang der alten materiellen Spaltungslinie. Diese bildet sich aber nicht mehr wie gehabt im politischen Links-Rechts-System ab – weder konnten die linken Parteien die einfachen Leute für sich gewinnen, noch konnten die Republikaner das Bürgertum mobilisieren (diese Wählerschaft blieb dreigespalten zwischen Macron, Pécresse und Zemmour).

1.2 Der Wahlausgang als Stadt-Land-Konflikt

Neben einer Klassenwahl kann das Wahlergebnis der französischen Präsidentschaftswahl auch als Stadt-Land-Konflikt interpretiert werden, was nicht besonders verwunderlich ist, da die Bezieher geringerer Einkommen eher außerhalb der großen Metropolen zu finden sind. Generell gilt, insbesondere beim Blick auf die Stichwahl: Je größer ein Ballungsraum ist (Bevölkerungsgröße), desto höher fällt die Zustimmung zu Macron aus. Umgekehrt schneidet Marine Le Pen in kleinen Gemeinden fernab von Ballungsräumen besser ab. In Ballungsräumen mit mehr als 200.000 Einwohnern stimmten in den Kernstädten 69% der Wähler für Macron, nur 31% für Le Pen.

Abb. 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 2022, 1. Runde (10. April 2022), dargestellt auf Gemeindeebene



Quelle: Roland45, Élection présidentielle de 2022 par commune T1, farblich verändert und zusammengefasst, CC BY-SA 4.0

³ Die Details und der aktuelle Stand bei <https://www.collectivites-locales.gouv.fr/collectivites-locales-chiffres-2022>

⁴ Siehe dazu: Cyriaque Sommier (2020): Il y a 33 ans, Jean-Marie Le Pen, le leader du Front National, empêché d'atterrir en Martinique. France Info. URL : <https://la1ere.francetvinfo.fr/martinique/il-y-a-33-ans-jean-marie-le-pen-le-leader-du-front-national-empeche-d-atterrir-en-martinique-900420.html>

Tab. 3: Wahlergebnisse der Stichwahl (24. April) in den großen Metropolen

Stadt	Le Pen	Macron
Paris	14,9	85,1
Marseille	47,9	52,1
Lyon	20,2	79,8
Toulouse	22,5	77,5
Nice	44,6	55,4
Nantes	18,9	81,2
Montpellier	27,8	72,2
Strasbourg	22,4	77,7
Bordeaux	19,9	80,1
Lille	23,4	76,6

Quelle: Ministère de l'intérieur

Blickt man auf die kleinen Gemeindeverbände mit weniger als 5.000 Einwohnern, sind beide Kandidaten fast gleichauf, mit minimalen Vorteilen für Macron (50,8%). Erst beim Blick auf die kleinsten Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern liegt Le Pen mit 52% vor dem Amtsinhaber. Insgesamt leben jedoch nur etwas mehr als vier Millionen der über 65 Millionen Einwohner Frankreichs (Mutterland) in solchen kleinen Gemeinden. Da es sich dabei um mehr als die Hälfte (18.352) der immer noch über 34.000 Gemeinden des Mutterlandes handelt³, tritt der Erfolg Le Pens bei einer Darstellung der Wahlergebnisse auf Ebene der Kommunen (Abb. 1) besonders deutlich ins Auge.

Tab. 4: Ergebnisse der 1. Runde der Präsidentschaftswahl in den 10 größten Städten Frankreichs

Stadt	Le Pen	Macron	Mélenchon
Paris	5,5	35,3	30,1
Marseille	20,9	22,6	31,1
Lyon	9,0	31,8	31,1
Toulouse	9,5	26,4	36,9
Nice	22,4	25,2	21,4
Nantes	8,1	29,6	33,1
Montpellier	12,4	22,5	40,7
Strasbourg	11,1	30,2	35,5
Bordeaux	8,5	33,5	29,1
Lille	11,8	25,7	40,5

Quelle: Ministère de l'intérieur / Telos.eu

Wie schon das „Klassenargument“, so muss auch das scheinbar eingängige „Stadt-Land-Argument“ differenziert werden. Es kann insbesondere die hohen Zustimmungsraten für Macron erklären (wobei die Ergebnisse in den Mittelmeermetropolen Marseille und Nizza ein anderes Bild zeichnen). Umgekehrt gewinnt Le Pen in den kleinen und isolierten, ländlichen Kommunen. Ähnlich wie beim „Klassenargument“, ist diese Zustimmung zur Anti-Systemkandidatin jedoch wesentlich weniger ausgeprägt, als im umgekehrten Fall.

Bezieht man noch die Resultate des ersten Wahlgangs mit ein, muss das Bild einer „Stadt-Land-Spaltung“ weiter differenziert werden. Gerade im Umfeld der großen Metropolen konnte der „dritte Mann“ der Wahl, Jean-Luc Mélenchon, eine Reihe von Erfolgen verbuchen. Hier liegt er mit Ergebnissen von über 30% in der ersten Runde gleichauf mit Macron und deutlich vor Le Pen (mit Ausnahme Nizzas).

Auch bei einer Analyse auf Ebene der Départements muss die Aussage nuanciert werden. Die 23 Départements, in denen Le Pen in der Stichwahl vorne liegt, sind durchweg durch eine eher ländliche Struktur gekennzeichnet. Gleichzeitig gewinnt Macron jedoch bereits die erste Runde der Wahl in sechs der 14 ländlichsten Départements Frankreichs. In der Stichwahl kann er sogar in elf der 14 extrem ländlichen Départements gewinnen.

Möglicherweise müssen also weitere Faktoren zur Erklärung des Wahlergebnisses herangezogen werden, als die materielle Diskrepanz, die sich aus Einkommens- und Bildungsverhältnissen und dem Wohnort ergibt.

Interessanterweise konnte Le Pen auch die fünf Übersee-Départements für sich gewinnen. Dort ist ihr offensichtlich der Image-Wandel von einer rechtsextremen Kandidatin zu einer Anti-Establishment-Kandidatin besonders gut gelungen. Noch ihr Vater Jean-Marie Le Pen musste eine Wahlkampfreise nach Martinique 1987 abbrechen, da eine breite lokale Volksbewegung den damaligen Kandidaten am Betreten der Insel hinderte. Tausende von Menschen hatten an diesem Tag das Rollfeld des Flughafens von Lamentin besetzt und die Maschine Le Pens an der Landung gehindert⁴. Marine

⁵ Die Fünfte Republik (*Cinquième République*) bezeichnet das semi-präsidentielle politische System, welches seit dem 4. Oktober 1958 in Frankreich existiert. Es zeichnet sich durch eine große Machtfülle der Exekutive und insbesondere des Präsidenten aus, die jedoch in einem bipolaren politischen System nur zum Tragen kam, wenn er gleichzeitig über eine Mehrheit in der *Assemblée nationale* verfügt. Die Parteien waren also wichtiger Bestandteil der Funktionsweise des Systems und bereiteten den demokratischen Wandel vor bzw. begleiteten diesen.

⁶ Stefan Seidendorf (2022): Vor den Präsidentschaftswahlen: Auffallen um jeden Preis? Parteiensystem und Kandidatenkür in Frankreich. Deutsch-Französisches Institut: AFA Nr. 37.

Le Pens Wahlerfolg in den Übersee-Departements fußt dagegen auf ihrer erfolgreichen Positionierung als Anti-Eliten-Kandidatin, die die Unzufriedenheit und den Protest der lokalen Bevölkerung mit dem politischen System Frankreichs adressiert. Zusammen mit der in Übersee besonders hohen Wahlenthaltung führte dies zum Erfolg Le Pens.

1.3 Politische Präferenzen und Unzufriedenheit mit dem System

Neben den Parteien haben auch viele weitere Organe der kollektiven Interessenvertretung (Gewerkschaften, Vereine, Kirchen) in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Emmanuel Macron hat diese Entwicklung in seiner ersten Amtszeit sogar noch beschleunigt und viel dafür getan, die Einfluss- und Blockademöglichkeiten der *forces intermédiaires* zu beschränken, um die korporatistischen Züge der französischen Republik zu liberalisieren.

Im Ergebnis führten der gesellschaftliche Wandel und die Auflösung politischer Lager und Milieus⁶, verbunden mit der Schwächung der Zwischengewalten, zu einer weiteren Stärkung der Exekutive und insbesondere des Präsidentenamtes, eine Entwicklung, die bereits unter Präsident Sarkozy eingesetzt hatte. Macron stehen nun keine glaubwürdigen politischen Alternativen mehr gegenüber, die bereit wären, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Stattdessen stehen einzelne Persönlichkeiten, die sich an der Spitze zunehmend radikaler und populistischer Protestbewegungen etabliert haben.

Diese Schwäche des politischen Systems ist die noch fehlende Erklärung für den Wahlausgang. Ohne die traditionellen Parteien und Gewerkschaften fehlt eine wirksame politische Vertretung für die in der Wahl offenbar gewordenen gesellschaftlichen Divergenzen (Klassenkonflikt, Stadt-Land-Konflikt). Die mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen verbundenen Interessen werden im politischen Prozess nicht mehr wirksam vertreten. Das führt zu einem Phänomen der Unzufriedenheit mit einem politischen System, in dem scheinbar keine „echten“ demokratischen Alternativen mehr zur Wahl stehen. Stattdessen entwickelt sich die Präsidentschaftswahl zunehmend zu einer reinen Persönlichkeitswahl, bei der es um persönliche Sympathien und die charakterlichen Eigenschaften der Kandidaten geht.

Für viele Wähler war die Unzufriedenheit mit dieser Situation, die bereits 2017 das politische Angebot stark eingeschränkt hatte, der ausschlaggebende Grund, 2022 *nicht* Macron zu wählen, oder sich schlicht zu enthalten. Das Gegenteil gilt insbesondere für die traditionell sozialdemokratischen und reformorientierten Regionen im Südwesten Frankreichs, im Zentralmassiv und in der Bretagne. Neben der Zustimmung zu Macrons gemäßigttem Reformprogramm in der ersten Runde entschieden sich hier viele weitere Wähler in der Stichwahl für den Amtsinhaber aus Furcht vor den Konsequenzen einer Wahl Marine Le Pens.

2. Neustrukturierung des politischen Systems und Konsequenzen für die Parlamentswahlen

⁷ Daniele Caramani (2004): *The nationalization of politics: the formation of national electorates and party systems in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

⁸ David Goodhart (2017): *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: C. Hurst & Co.

Um zu verstehen, wie sich diese tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen auf die bevorstehenden Parlamentswahlen auswirken, soll zunächst nochmals die Krise des politischen Systems beleuchtet werden (2.1). Darauf aufbauend wird auf die Neustrukturierung der politischen Kräfte im Hinblick auf die Parlamentswahl eingegangen (2.2), bevor Erwartungen im Hinblick auf die Parlamentswahl formuliert werden (3.).

2.1 Der Wandel des politischen Systems – von einer Links-Rechts-Spaltung zu einem System mit vier Polen

Die in Frankreich zu beobachtende Entwicklung findet sich so ähnlich auch in anderen westlichen Ländern wieder, von den USA über Großbritannien bis Italien. In allen diesen Ländern findet sich ein Wandel des traditionellen Parteiensystems. Dieses hatte sich in Europa spätestens Ende des 19. Jahrhunderts durchgesetzt. Innerhalb einer Generation gingen die relevanten, die Gesellschaften strukturierenden Spaltungslinien im politischen Links-Rechts-Gegensatz auf (Caramani 2004)⁷. Zur strukturierenden Variable wurde dabei die materielle Klassenfrage. Die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten mit ihren sozialen Sicherungssystemen zielte darauf ab diesen Konflikt zu überwinden.

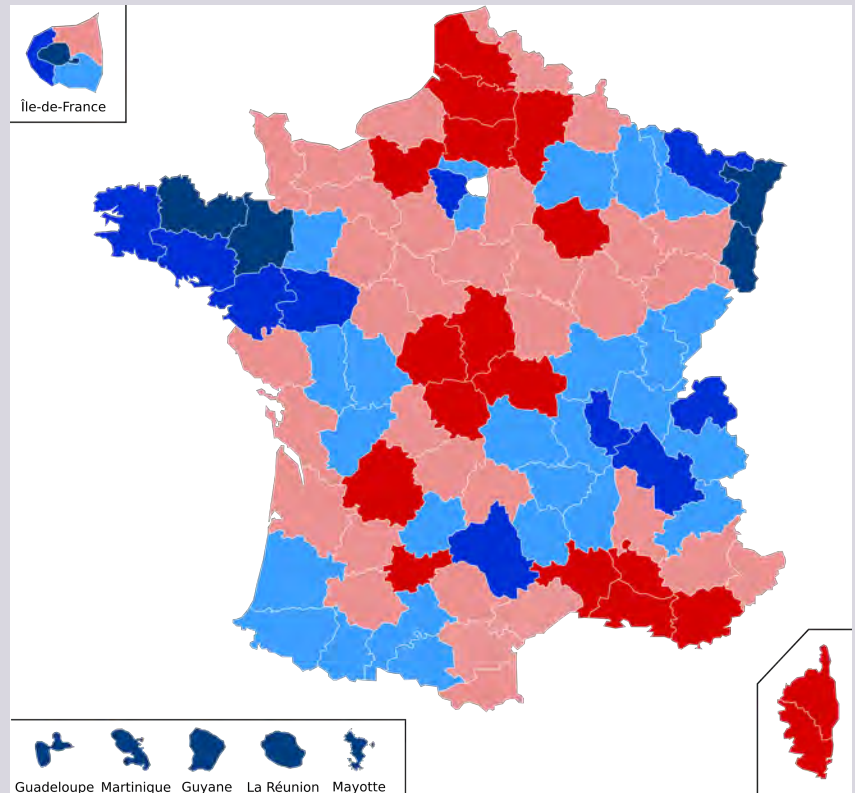
Seit Anfang der 1990er Jahre wird die etablierte Links-Rechts-Organisation des politischen Systems jedoch zunehmend in Frage gestellt. Die neu aufgekommene Spaltungslinie zwischen „Weltbürgern“ und „Heimatverbundenen“ lässt sich nicht mehr ohne weiteres in den bisherigen Gegensatz integrieren, sondern liegt häufig quer dazu. Dennoch besitzt diese *cleavage* in den betroffenen Ländern ein erhebliches und wachsendes Mobilisierungspotential, das den im Links-Rechts-Gegensatz etablierten Parteien häufig entgleitet. Je nach Autor und untersuchtem Land, wird von „Welt- und

Heimatbürgern“ gesprochen, oder auch von „anywheres“ und „somehweres“. Damit bezeichnete z.B David Goodhart⁸ einerseits die urbanen, weltläufigen Eliten, die von offenen Grenzen profitieren, andererseits die „Dagebliebenen“, die an ihrer „nationalen Identität“ hängen und für die der nationalstaatlich organisierte Wohlfahrtsstaat nach wie vor von zentraler Bedeutung ist.

Dieser Gegensatz erwies sich als nützlich, um in Großbritannien die Ergebnisse des Brexit-Referendums zu erklären. In den USA wurde damit der Gegensatz zwischen den urbanen, liberalen Eliten an Ost- und Westküste und den ländlichen, konservativen, häufig vernachlässigten weißen Unterschichten im Binnenland bezeichnet, die zu großen Teilen Donald Trump gewählt hatten. Im französischen Fall lässt sich dieser Gegensatz mindestens seit den neunziger Jahren (Maastricht-Referendum) als Politisierung der Europafrage nachweisen. Die Europafrage hat in beiden großen politischen Lagern zu Abspaltungen geführt: während François Mitterrands Sozialisten die Abspaltung der „Jakobiner“, der Linksnationalisten um Jean-Pierre Chevènement, verkräften mussten, waren es bei den pro-europäischen Gaullisten um Jacques Chirac die „Souveränisten“ (und Sozialgaullisten) um Charles Pasqua, die zu einer Spaltung der bürgerlichen Kräfte führten.

Im „Verfassungsreferendum“, der Volksbefragung über den EU-Verfassungsvertrag 2005, gelang es diesen Kräften (erstmals seit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954), über alle anderen politischen Gegensätze hinweg eine gemeinsame, negative Mehrheit zu erlangen. Das Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags scheiterte. Die damit verbundene Aufspaltung des politischen Systems, von einer binären Ordnung (Links gegen Rechts) in ein Modell mit mindestens vier gleichberechtigten Polen (Links, Rechts, pro-/anti-EU) strukturiert weiterhin die französische Politik. Emmanuel Macron hatte seinen Wahlsieg 2017 den pro-europäischen Wählern zu verdanken,

Abb. 2: Ergebnisse des Maastricht-Referendums 1992 auf Ebene der Departements (blau = Zustimmung zum Maastrichter Vertrag, rot = Ablehnung)



Quelle: Aymolinier, *Référendum 1992 - Résultats par département*, CC BY-SA 4.0

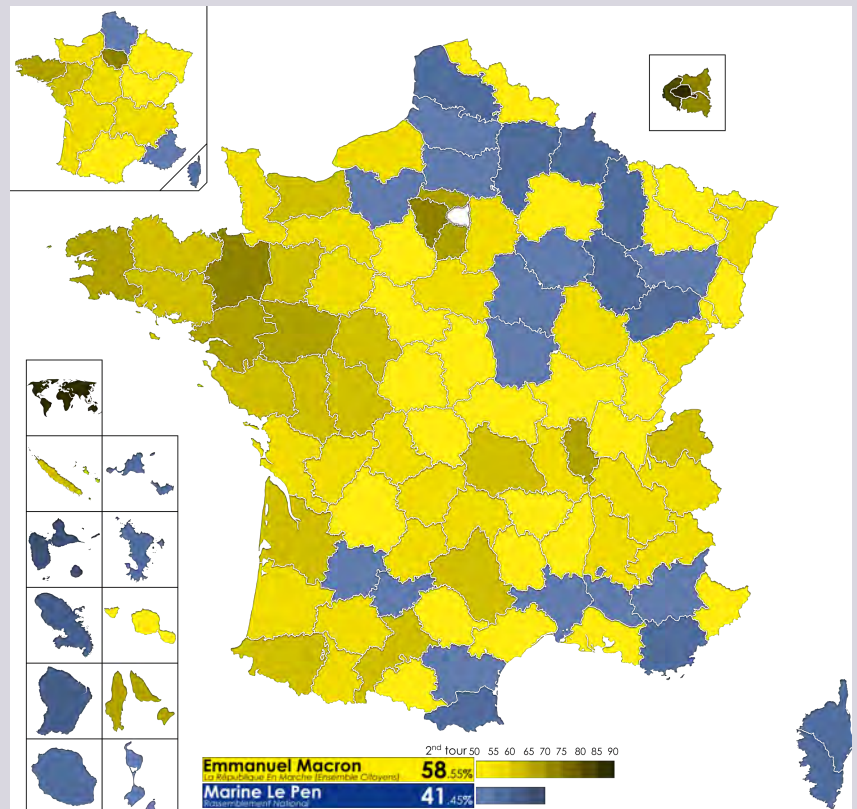
die erstmals seit François Mitterrands Bekenntnis zur europäischen Integration in den späten achtziger Jahren ein klar pro-europäisches Wahlangebot hatten. Diese pro-europäische und weltoffene französische Mittelschicht stellt auch 2022 den Kern von Macrons Erfolg dar.

Umgekehrt hatten alle 23 Departements, die Marine Le Pen in der Stichwahl 2022 für sich gewinnen konnte, bereits 1992 gegen den Vertrag von Maastricht gestimmt – mit Ausnahme des Departements Meuse (55), das sich 1992 noch mit über 53% für die Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses ausgesprochen hatte (s. Abb. 2 und 3).

Die Wahl 2022 zeigt jedoch auch, dass die „neuen“ Spaltungslinien möglicherweise doch mit den „alten“ Gegensätzen zu tun haben, insbesondere mit der (materiellen) Klassenfrage. Da den pro-europäischen, sozialdemokratischen Parteien, die für die Entwicklung und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates standen,

zunehmend die Handlungsspielräume für eine Umverteilungspolitik auf nationaler Ebene fehlen, ihnen aber gleichzeitig die Entwicklung eines „sozialen Europas“, einer Sozial- und Umverteilungspolitik im Rahmen der EU, nicht gelingen will, wendet sich ein Teil ihrer Wählerschaft von ihnen ab. Die neuen politischen Bewegungen mobilisieren genau auf dieser eigentlich sehr alten Achse („wir das Volk“ gegen „die Eliten“) und bedienen sich dabei der im nationalen Zusammenhang entwickelten Vorstellungen über die EU. Hinter der Ablehnung der „EU als neoliberalen Projekt“ steht dann also eigentlich keine „Identitätsfrage“, sondern die Frage nach der Möglichkeit sozialpolitischer Maßnahmen der Umverteilung. Diese spielen aber bis heute nur eine sehr geringe Rolle im Rahmen der Politik der EU.

Abb. 3: Ergebnisse der Stichwahl 2022 auf Ebene der Departements (gelb = Macron, blau = Le Pen)



Quelle: Jules Rohault de Fleury, Élection présidentielle française de 2022 T2 carte départements & régions, CC BY-SA 4.0

⁹ Mehr Zahlen und Grafiken zu der jungen linken Wählerschaft zu finden unter : Antoine Bristielle (2022) : *Le vote des jeunes : clé des prochaines élections législatives* ? URL : <https://www.jean-jaures.org/publication/le-vote-des-jeunes-cle-des-prochaines-elections-legislatives/>

2.2 Vor der Parlamentswahl: Parteiensystem in der Krise

Zunächst hat diese Situation einer neuen Offenheit des politischen Systems jedoch Konsequenzen für die bevorstehende Parlamentswahl. Auch hier gibt das traditionelle politische Koordinatensystem keine zuverlässige Orientierung mehr. Das etablierte Parteiensystem ist zusammengebrochen. Die hinter den Parteien stehenden politisch strukturierten gesellschaftlichen Milieus, die eine integrierende Funktion hin zur (politischen) Mitte erfüllten, sind in Auflösung begriffen oder bereits verschwunden. Stattdessen entwickelt sich ein politisches Engagement, das kurzfristig, individualisiert und unverbindlich bleibt. So ist insbesondere bei den jungen Wählern frappierend, dass sie eine hohe Politisierung und eine große Unterstüt-

zung für Jean-Luc Mélenchon (in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen 36% der Stimmen, 15 Prozentpunkte mehr als der zweitplatzierte Emmanuel Macron) mit einer insgesamt sehr hohen Wahlenthaltung von 41% verbinden (26,31% der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung haben sich enthaltenen)⁹.

Zwei der drei in der Präsidentenwahl sichtbar gewordenen politischen Lager (Linkspopulisten, Macron-Anhänger) haben auf diese Situation in den letzten Tagen mit neuen Ansätzen reagiert, die teilweise überraschende Entwicklungen in Gang gesetzt haben. Keines der Lager lässt sich dabei mehr mit einer der etablierten Parteien gleichsetzen. Sie bestehen vielmehr aus je unterschiedlichen politischen Bewegungen und Parteien.

In der Mitte des politischen Spektrums hat sich Emmanuel Macrons Bewegung etabliert. Die Partei hat sich in *Renaissance* umbenannt und bildet ein Wahl-

¹⁰ Siehe dazu : Grégoire Pousielgue (2022) : *En Marche, le Modem et Horizons trouvent un terrain d'entente pour les législatives*. Les Echos. URL : <https://www.lesechos.fr/elections/presidentielle/la-majorite-presidentielle-se-regroupe-en-confederation-avant-les-legislatives-1405102>

¹¹ Andere Strukturen wie *Génération.s*, *Génération écologie* oder auch die *Nouveaux Démocrates* erhalten nur einen geringen Anteil der 100 Wahlkreise.

¹² Siehe dazu: Victor Vasseur (2022) : *CARTE – PS, EELV, PCF ou LFI, quel candidat de gauche dans votre circonscription aux législatives ?* France Inter. URL : <https://www.franceinter.fr/politique/carte-ps-eelv-pc-ou-lfi-quel-candidat-de-gauche-dans-votre-circonscription-aux-legislatives>

¹³ Siehe dazu : Jean Cittance (2022) : *Législatives 2022: LFI réussit à imposer la désobéissance aux traités européens*. Le Figaro. URL : <https://www.lefigaro.fr/elections/legislatives/legislatives-2022-lfi-reussit-a-imposer-la-desobeissance-aux-traites-europeens-20220504>

bündnis namens *Ensemble* mit verschiedenen anderen Parteien der linken und rechten Mitte. Dabei spielt, wie schon 2017, das *Modem* von François Bayrou eine wichtige Rolle. Neben *Horizons* und *Agir* aus der rechten Mitte sind außerdem die Mikroparteien *Territoires de progrès* (der Elisabeth Borne angehört), *En commun* und der *Parti radical* aus der linken Mitte Teil des Wahlbündnisses. Anfang Mai hat sich das Bündnis auf die folgende Aufteilung der Wahlkreise geeinigt: In 400 Wahlkreisen werden Kandidaten von *Renaissance*, in 58 von *Horizons* und in 101 bis 110 von *Modem* für *Ensemble* antreten¹⁰. Die Kandidaten mussten u.a. unterschreiben, dass sie „den Präsidenten“ (Emmanuel Macron) in seiner Arbeit loyal unterstützen und ihm folgen werden. Sie mussten außerdem Wahlplakate akzeptieren, die sie mit dem Präsidenten zusammen abbilden. Macron setzt damit auf eine weitere Verstärkung des Trends zur Persönlichkeitswahl (s. oben).

Auf der Linken hat sich die erstaunlichste Entwicklung vollzogen. Der Drittplatzierte der Präsidentschaftswahl, Jean-Luc Mélenchon, hatte bereits am Wahlabend verkündet, dass die Franzosen nun die Möglichkeit hätten, ihn zum Premierminister zu wählen. Dazu ist es ihm im Nachgang der Wahl erstaunlich reibungslos gelungen, das Wahlbündnis NUPES

(*Nouvelle Union populaire écologique et sociale*) zu schmieden, das die verschiedenen linken Gruppierungen, von der kommunistischen Partei (PCF) über die Grünen bis zum PS, um seine Person und seine Bewegung – *La France insoumise* – herum zusammenführte. Dafür verhandelte eine kleine Delegation um Mélenchon einzeln mit jeder der beteiligten Formationen. Um ihre Zustimmung zu gewinnen, bot er jeweils eine bestimmte Zahl von Wahlkreisen an, in denen der Kandidat des Bündnispartners sich keiner linken Konkurrenz ausgesetzt sehen sollte. NUPES wird in 357 der 577 Wahlkreise von Kandidaten der LFI vertreten. In 100 Wahlkreisen treten die verschiedenen Umweltbewegungen für NUPES an, wobei EÉLV ein großes Stück des Kuchens abbekommt¹¹. 70 Wahlkreise gehen an die Kandidaten der Sozialisten. Für die Kommunistische Partei PCF reserviert NUPES 50 Wahlkreise¹². Programmatisch stand die Verpflichtung auf soziale Umverteilung und ökologische Steuerung im Mittelpunkt. Streit entbrannte um die Haltung zur europäischen Integration und Mélenchons Absicht, die Gültigkeit der EU-Verträge und den Vorrang des EU-Rechts zu missachten, um das eigene politische Programm durchzusetzen¹³. Insbesondere bei den gemäßigten Sozialdemokraten und Grünen, die Regierungsverantwortung übernehmen möchten, stößt das Wahlbündnis deshalb auf Widerstand.

Nur auf der Rechten ist bisher unklar, wie sich die Kandidaten im Wahlkampf positionieren werden. Marine Le Pen ist seit der Präsidentschaftswahl medial kaum sichtbar. Eine Einigung mit den rechtsextremen Vertretern von *Reconquête* (Eric Zemmour) ist fehlgeschlagen. In den Wahlkreisen, in denen sich das *Rassemblement national* gute Chancen ausrechnet, hat der Wahlkampf jedoch längst begonnen. Die Republikaner hoffen ihrerseits auf die „lokale Verankerung“ und den Amtsbonus ihrer oft seit vielen Jahren gewählten Abgeordneten. Damit können sie aber nur ansatzweise überdecken, dass der programmatische Konflikt, der sie auch in der Präsidentschaftswahl lähmte, weiterhin ungelöst ist.

Die Wahlen zur französischen *Assemblée nationale*

Alle fünf Jahre werden die 577 Abgeordneten der ersten Kammer des französischen Parlaments (*Assemblée nationale*) gewählt. Jeder Abgeordnete repräsentiert einen Wahlkreis, wovon sich 539 im französischen Hexagon befinden, 27 die Überseegebiete vertreten und 11 Wahlkreise dazu im Ausland lebenden Franzosen vertreten. Wie die Präsidentschaftswahl, findet auch die Parlamentswahl in zwei Runden statt und basiert auf einem Mehrheitswahlrecht. Erhält ein Kandidat im entsprechenden Wahlkreis auf Anhieb mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen (=absolute Mehrheit), die gleichzeitig mindestens 25% der Wahlberechtigten innerhalb des Wahlkreises entsprechen, ist diese Person direkt gewählt.

Erfüllt nach der ersten Runde keine Person diese Voraussetzung, kommt es zur Stichwahl in einem zweiten Wahlgang. Dieser findet üblicherweise genau eine Woche nach dem ersten Wahlgang statt (in diesem Jahr: 12. und 19. Juni). An der Stichwahl können die Kandidaten teilnehmen, die im ersten Wahlgang mindestens 12,5% der Stimmen der registrierten Wahlberechtigten ihres Wahlkreises auf sich vereinen konnten. Es kann also zu Stichwahlen mit drei oder sogar vier Kandidaten kommen. In diesem Fall zieht der Erstplatzierte der Stichwahl ins Parlament ein, wofür dann eine relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreichen kann.

3. Erwartungen im Hinblick auf die Parlamentswahl

¹⁴ So Macron am 16. April 2022 bei einer Kundgebung in Marseille. Jean-Luc Mélenchon wurde 2017 in Marseille zum Abgeordneten gewählt. Die *planification écologique* ist eines der zentralen Elemente seines Wahlprogramms.

Welche Erwartungen können nun im Hinblick auf die Parlamentswahl formuliert werden? Das komplizierte Wahlsystem (Mehrheitswahl in 577 Wahlkreisen, eine „lokale Wahl mit nationaler Bedeutung“) und die genannten Veränderungen machen Vorhersagen und Umfragen besonders schwierig. Die in der Präsidentschaftswahl deutlich gewordenen strukturellen Spaltungslinien, die die französische Gesellschaft durchziehen, erlauben jedoch einige Aussagen.

3.1 Geographische und materielle Spaltung

Insbesondere die materielle Spaltungslinie wird auch in der Parlamentswahl eine Rolle spielen. Wie sich gezeigt hat, verfängt Macrons Angebot einer sozial abgefederten Reformagenda und weitergehenden Öffnung und Liberalisierung der Gesellschaft insbesondere bei den einkommensstärkeren Schichten. Dort, wo Chancen bestehen und sich eine gewisse Dynamik abzeichnet, gilt dies auch bis hinein zur unteren Mittelschicht.

Besonders das Linksbündnis wird versuchen, über die materielle Spaltung zu mobilisieren und sich hier auch erfolgreich positionieren können (Mindestlohn 1.500 Euro netto/Monat, Rente mit 60 Jahren bei entsprechender Anzahl von Beitragsjahren). Schwieriger wird es für NUPES jedoch sein, die ökologische Frage alleine zu besetzen. Insbesondere grün-affine Wähler mit liberalen Wertevorstellungen könnten hier auch von Macrons Angebot angesprochen werden. Der Präsident hat am 16. Mai eine neue Premierministerin (Elisabeth Borne) ernannt, die bereits als Ministerien Verantwortung für die „ökologische Transformation“ trug. In ihrer neuen Regierung hat sie gleich zwei Ministerien mit der „ökologischen“ und der „energetischen Transformation“ beauftragt, und Macron hat angekündigt, dass die neue Premierministerin „direkt zuständig für die ökologische Planung“ sein wird¹⁴.

Auf der Rechten wird insbesondere Marine Le Pen versuchen, die „kleinen Leute“, ihre Stammwählerschaft, zu mobilisieren. Sie wird dazu den Gegensatz zwischen „Volk“ und „Eliten“ bedienen.

Angesichts der Konkurrenz von Links wird sie damit insbesondere dort Erfolg haben, wo sich der Klassengegensatz mit einem geographischen Gegensatz verbindet: in den besonders ländlichen und isolierten Gebieten, oder in den Wahlkreisen (am Mittelmeer, in Nordfrankreich), die auf der zweiten Spaltungslinie, zwischen Europa und Nation, besonders nationalistisch eingestellt sind.

3.2 Europa-Nation-Spaltung

Auch die zweite strukturierende Spaltungslinie, die in der Präsidentschaftswahl deutlich geworden ist, wird die Parlamentswahlen beeinflussen. Hier vertritt lediglich Macrons Bündnis eine eindeutig pro-europäische Haltung (im Sinne einer weiteren Vertiefung des Integrationsprozesses). Im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft nahm Emmanuel Macron am 9. Mai (Europatag) in Strasbourg die Vorschläge der EU-weiten „Konferenz zur Zukunft Europas“ entgegen und forderte bei seiner Ansprache die Eröffnung eines Vertragsänderungsverfahrens zur weiteren Vertiefung der Integration. Dieses Thema wird Macron nochmal im Rahmen der andauernden französischen EU-Ratspräsidentschaft aufnehmen und u.a. auf dem Gipfel des Europäischen Rates am 23. und 24. Juni auf die Tagesordnung setzen. Mit der Forderung, die EU-Verträge zu ändern, und den konkreten Vorschlägen, wie dies bewerkstelligt werden kann, profiliert sich Macron auch über sein eigenes Lager hinaus: In weiten Teilen der Wählerschaft der liberalen Linken (insbesondere bei EELV) verbindet sich die proeuropäische Haltung mit der Überzeugung, dass die EU grundlegend reformiert werden müsste, und dafür weist Macron einen Weg.

Insbesondere für die Kandidaten der NUPES und ihre linke Wählerschaft wird diese Positionierung problematisch. Einerseits versucht Mélenchon, an den Erfolg des „linken Neins“ von 2005 anzuknüpfen. Damals hatten auch große Teile der sozialistischen Partei, angeführt von Laurent Fabius, gegen den Verfassungsvertrag mobilisiert,

¹⁵ Politico.eu bietet eine Zusammenfassung der wichtigsten Umfragen: www.politico.eu/europe-poll-of-polls/france

sodass es am Ende zu einer negativen Mehrheit gereicht hatte – freilich unter Einbeziehung der rechtsradikalen und –souveränistischen Stimmen. Neben der Sprengkraft, die dieses Thema für die sozialistische Partei weiterhin besitzt, ist eine Anti-EU-Haltung insbesondere für die Partei EELV (Grüne) eine programmatische Kehrtwende. EELV ist die einzige Partei, die sich in Frankreich noch offensiv zu einer föderalistischen Entwicklung der EU bekennt. Damit verbunden sind Forderungen nach einer weitergehenden Stärkung des Europäischen Parlaments, eine Reform der Verträge und eine weitere Vertiefung der Integration. Alle diese Punkte, die neben der Ökologie zum eigentlichen Markenkern und Alleinstellungsmerkmal der Grünen in Frankreich gehörten, sind nun im Wahlbündnis mit Mélenchon neutralisiert. Viele Wähler der pro-europäischen gemäßigten Linken, die den Sozialisten und insbesondere den Grünen nahestehen, stehen deshalb vor der Alternative, ihre Stimme dem Kandidaten der Präsidentenpartei zu geben.

3.3 Einfluss des politischen Systems

In dieser Abwägungsentscheidung kommt dem politischen System der V. Republik eine wichtige Bedeutung zu. Durch das Mehrheitswahlrecht auf Ebene der Wahlkreise begünstigte es die Entstehung klarer Mehrheiten, solange sich in einem System zwei politische Lager gegenüberstanden. Traditionellerweise konnte ein neu gewählter Präsident dabei auf die „politische Vernunft“ der Wähler zählen, die ihm eine politische Mehrheit im Parlament sicherten, um sein Programm auch umzusetzen. Diese Annahme wird auch im Vorfeld der gegenwärtigen Wahl vielfach beschworen. Dabei ist die Amtszeit des Präsidenten aber seit 2002 auf fünf Jahre verkürzt und entspricht damit der Dauer der parlamentarischen Legislatur. Die Parlamentswahlen finden nun im Abstand von 30 Tagen *nach* den Präsidentschaftswahlen statt. Seitdem hat es keine Kohabitation (die durch die Wähler erzwungene Zusammenarbeit eines Präsidenten und eines Premierministers aus unterschiedlichen politischen Lagern) mehr gegeben. Allerdings ist auch noch keinem Präsidenten nach einer fünfjähri-

gen Amtszeit die Wiederwahl gelungen. Aus der Wiederwahl Macrons und dem Übergang in ein politisches System mit drei politischen Lagern (Macrons *Renaissance*, Mélenchons NUPES und die noch nicht koordinierten Nationalisten und Rechten) ergibt sich jedoch eine neue Konstellation, die an die Stelle des alten politischen Systems tritt.

Die Unwägbarkeiten dieser neuen Konstellation lassen sich in den verschiedenen Umfragen wiederfinden: Auf die Frage nach der Parteipräferenz ergibt sich zunächst im Blick auf die Parlamentswahlen ein ähnliches Bild wie in der Präsidentenwahl. Drei politische Blöcke teilen sich drei Viertel der Stimmen. NUPES (Mélenchon) kommt dabei auf 28%, *Ensemble* (Macron) auf 26%, das *Rassemblement national* (RN, Le Pen) auf 21%. Dazu kommen 10% für die bürgerlichen Republikaner¹⁵. In der Projektion dieser Momentaufnahme parteipolitischer Präferenzen auf die 577 Wahlkreise (es gibt keine Umfragen auf Basis der einzelnen Wahlkreise) ergibt sich daraus nach gegenwärtigem Stand eine knappe bis deutliche (293-337 Sitze) absolute Mehrheit für das Wahlbündnis um die Präsidentenpartei und die Oppositionsführerschaft für NUPES (142-184 Sitze). Das RN würde demnach mit 25-49 Sitzen in die *Assemblée* einziehen, die *Républicains* mit 39-62 Abgeordneten. Diese Projektionen sollten jedoch mit Vorsicht genossen werden, denn es werden sich in den Stichwahlen auf Ebene der Wahlkreise nicht mehr zwei Kandidaten aus dem traditionellen linken und rechten politischen Lager gegenüberstehen, wie es in der Vergangenheit meistens der Fall war. Stattdessen werden Stichwahlen mit drei und vier Kandidaten zur Regel werden, wobei dann eine relative Mehrheit zum Sieg reicht. Gleichzeitig wird sich angesichts der Spaltung der Wählerschaft in drei Lager der bisherige *pacte républicain*, nachdem sich im Falle einer „Dreieckswahl“ (*triangulaire*) unter Teilnahme eines Kandidaten des RN der schwächere Kandidat der etablierten Parteien zurückzog und zur Wahl seines „republikanischen“ Gegenparts aufrief, nicht mehr durchsetzen lassen. Insbesondere im Konflikt zwischen NUPES und Ensemble zeichnen sich diesbezüglich keinerlei Kompromisse ab.

¹⁶ Ifop pour TF1, LCI, Paris Match et Sud Radio befragte am Wahlabend 4.827 registrierte Wähler, die zu 68% wünschten, dass Macron in einer Kohabitation regieren muss.

Bei OpinionWay pour Cnews et Europe 1 ergab die Umfrage, dass 63% der Befragten dieselbe Präferenz hatten.

Ipsos Sopra-Steria pour France TV, Le Parisien et Radio France kommt am Wahlabend zu etwas ausgewogeneren Ergebnissen. Aber auch hier wünschen 56%, dass Macron « die Parlamentswahlen verliert ». 24% hoffen, dass Macron gewinnt, um « eine Kohabitation zu verhindern », 20%, « um sein Programm umzusetzen ».

Gleichzeitig zeigen (teilweise dieselben) Umfragen einen deutlichen Wunsch des Wahlvolkes, dem Präsidenten keine eigene absolute Mehrheit in der Nationalversammlung zu gewähren. Noch am Wahlabend, in der Stunde von Macrons Triumph, ergaben drei große, repräsentative Umfragen¹⁶, dass respektive 68%, 63% bzw. 56% der Befragten keine parlamentarische Mehrheit für Emmanuel Macron in der Parlamentswahl wünschten.

Dahinter verbirgt sich die bereits erwähnte Unzufriedenheit mit einem politischen System, das den gesellschaftlichen Realitäten heute zunehmend keine Rechnung mehr trägt und spätestens seit dem Amtsantritt Macrons 2017 keine überzeugende demokratische Alternative mehr zu produzieren vermochte. Die Machtkonzentration beim Präsidenten, verbunden mit den dadurch ermöglichten sehr hierarchischen Entscheidungswegen, stehen im Konflikt zu einer immer stärker ausdifferenzierten Gesellschaft, die Wert auf Teilhabe und Partizipation legt. Sie steht auch im Widerspruch zur weiteren Dezentralisierung und Stärkung der Gebietskörperschaften, die unter Präsident François Hollande begonnen und von Emmanuel Macron eigentlich weitergeführt wurden.

In diesem Zusammenhang verfängt Mélenchons Forderung, ihn zum Premierminister zu wählen. Diese Forderung ist zunächst insofern unzutreffend, als der Premierminister in der V. Republik vom Präsidenten ernannt wird. Der Präsident muss dabei jedoch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament beachten, will er seine Reformversprechen auch in Gesetze übersetzen. Mélenchon begegnet dieser Logik mit seinem Linksbündnis und dem Versuch, in jedem Wahlkreis nur einen einzigen „linken“ Kandidaten zur Wahl zu präsentieren. Er setzt also voll darauf, seine Bewegung als demokratische Alternative zum Präsidenten und seiner Partei zu positionieren und das weit verbreitete Gefühl der Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System in Stimmen für seine Bewegung zu übersetzen. Mélenchons Bewegung wird damit kaum eine absolute Mehrheit im Parlament gewinnen. Seine Chancen werden durch die Unzufriedenheit derjenigen Wähler von PS und EELV geschmälert, die sich bei NUPES nicht wiederfinden.

Gleichzeitig sollte aber nicht ausgeschlossen werden, dass die Frustration über die Präsidentschaftswahl und die Unzufriedenheit mit der Funktionsweise des politischen Systems, vor dem Hintergrund der hier beschriebenen strukturellen und gesellschaftlichen Veränderungen, zu einem erheblichen Erfolg der linken Kandidatinnen und Kandidaten führt. Davon müsste bereits gesprochen werden, wenn das Präsidentenlager die absolute Mehrheit verfehlt und NUPES die größte Oppositionsgruppe stellt. Macron könnte dann versuchen, die zur Mehrheit fehlenden Stimmen aus dem Lager der bürgerlichen *Républicains* abzuwerben. Alternativ könnte er durch ein entsprechendes politisches Angebot und einen entsprechenden Premierminister versuchen, die Zustimmung zu seinen Gesetzesvorhaben von Fall zu Fall zu organisieren und dabei auch auf grüne und sozialistische Abgeordnete zuzugehen. Umgekehrt, angesichts der Zerbrechlichkeit seines heterogenen Bündnisses, könnte auch Oppositionsführer Mélenchon zu einer Zusammenarbeit unter Bedingungen bereit sein.

Für das reformbedürftige politische System Frankreichs und die Rolle des Parlaments könnte hier sogar eine Chance liegen. Unter Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Kräfte und der weiteren Entwicklung partizipativer Verfahren könnte Macron die angekündigte, bisher aber nicht begonnene große Verfassungsreform angehen. Eine solche Reform bedürfte der Zustimmung beider Kammern des Parlaments (einfache Mehrheit in *Sénat* und *Assemblée nationale*) und der Zustimmung in einer Volksabstimmung. Alternativ müssten beiden Kammern in einer gemeinsamen Sitzung als „Kongress“ mit einer Mehrheit von 80% (vier Fünftel) der Abgeordneten und Senatoren dem Text zustimmen (Art. 89 der Verfassung). Eine Veränderung des Wahlrechts (teilweise Verhältniswahlrecht, eventuell über regionale Listen), die Entwicklung eines Parteienstatuts mit einer Modernisierung der Parteienfinanzierung, eine Reform des Justizwesens, sowie die weitere Dezentralisierung des Staatsaufbaus mit der Entwicklung regionaler Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten müssten ganz oben auf einer gemeinsamen Agenda stehen.

Aktuelle Publikationen des dfi

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2021. Die Wirtschaft Frankreichs, Italiens und Deutschlands in der Pandemie, Red.: Eileen Keller, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2022, - 354 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut und DFJW/OFAJ: Lehr- und Wanderjahre (DFJW-Arbeitstext Nr. 32): Auslandsaufenthalt und Autonomiegewinn. Berufsbildende Auslandspraktika und ihre Auswirkungen auf den Lebenslauf, Red.: Stefan Seidendorf, Vincent Goulet, Susanne Binder, Frank Baasner, OFAJ/DFJW, Paris/Berlin 2021, - 242 Seiten

Eileen Keller: Financial crises and the limits of bank reform: France and Germany's ways into and out of the Great Recession. - Oxford: Oxford University Press, 2021, - 272 Seiten.

Wüstenrot Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Urbane Großräume in Deutschland und Frankreich. Fragen und Formen regionaler Kooperation / Grandes Aires Urbaines en France et en Allemagne. Enjeux et Formes de Coopération territoriale, Ludwigsburg 2021, - 216 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2020. Soziale und territoriale Ungleichheiten vor dem Hintergrund der Gelbwestenkrise, Red.: Eileen Keller, Springer VS, Wiesbaden 2021, - 243 Seiten.

dfi compact Nr. 18: Frank Baasner: Deutsch-französische Austausch- und Kooperationsprogramme der Robert Bosch Stiftung: Ertrag und langfristige Wirkung. - Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut, 2021, - 115 Seiten.

Frank Baasner, Siegfried Frech, Dominik Grillmayer (Hrsg.): Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur, Frankfurt: Wochenschau Verlag, 2019, - 315 Seiten.

Henrik Uterwedde: Die deutsch-französischen Beziehungen: Eine Einführung. - Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2019, - 178 Seiten.

Stefan Seidendorf (Hrsg.): Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, - 218 Seiten.

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen in loser Folge.

Redaktion: Stefan Seidendorf, Maxime Legrand
Layout: Irene Lindauer-Grözinger

Herausgeber:
Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Telefon +49 (07141) 93 03-0
Telefax +49 (07141) 93 03-50
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unserer Internet-Seite:
<https://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 37
Stefan Seidendorf: Vor den Präsidentschaftswahlen - Auffallen um jeden Preis? Parteiensystem und Kandidatenkür in Frankreich, Februar 2022, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 36
Eileen Keller: Europe in the coronavirus crisis, September 2021, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 35
Eileen Keller: Der *Grand Débat National* in Frankreich - Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung, Juni 2019, 19 Seiten

